

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 31. Jänner 1989

Blatt 201

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Schirmer: Will FPÖ kommunale Märkte? (202/FS: 30.1.)
- Edlinger: Zuerst Wohnungsversorgung der Ärmeren sichern (203/FS: 30.1.)
- Stadt Wien bereitet gemeinsam mit dem Bund EXPO-Enquete vor (204/FS: 30.1.)
- Tandler-Medaille für soziales Engagement (206)
- Samstag Faschingszug über den Ring (207)
- Buch „Wohnen in der Stadt — Ideen für Wien“ erschienen (208)
- Neues Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz fertig (209/210)
- Grippewelle in Wien (211)
- Mayr: Kostensenkung als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungsgesetzes (212)

Sport:

- 6./7. Februar: Anmeldungen für Semesterskifahrten (205)
- Verleihung von Sportehrenzeichen (205)

Schirmer: Will FPÖ kommunale Märkte?

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) „Ich habe auf eine Aussendung der Wiener FPÖ bereits im September erklärt, daß ich dort für Strukturkonzepte bin, wo sie notwendig sind. Ich habe mich aber auch damals schon gegen künstliche, dirigistische Eingriffe in Strukturen, wie es die Wiener Märkte sind, ausgesprochen. Auch diesmal muß ich der Wiener FPÖ-Gemeinderätin KARIOTIS wieder sagen, daß das von ihr geforderte umfassende Konzept für die Wiener Märkte nicht notwendig ist, weil diese funktionieren und auch kurzfristig — etwa mit temporären Märkten — jeweils rasch auf Bedürfnisse der Bevölkerung reagiert werden kann“: Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des FPÖ-Pressedienstes. Allerdings brauche es zum Funktionieren der Märkte auch das Interesse und die Bereitschaft der Handels- und Gewerbetreibenden, am Marktgeschehen teilzunehmen.

Zu den Aktivitäten auf dem Sektor Märkte betonte Schirmer, daß z. B. derzeit ein Antrag des 14. Bezirks auf Durchführung eines temporären Markts in der Nähe der S-Bahn-Station Breitensee überprüft wird. Mit der Bezirksvorstehung der Brigittenau gibt es Gespräche, um im Einvernehmen mit ansässigen Marktparteien des Hannovermarktes zusätzlich einen Bauernmarkt zu installieren. Für die neugestaltete Freyung wird ebenfalls die Möglichkeit eines Marktes diskutiert.

„Ich bin natürlich gerne bereit, falls Bezirksvertretungen — in denen ja auch die FPÖ vertreten ist — den Wunsch nach temporären Märkten haben, von der Stadt aus die Grundlage dafür zu schaffen. Es bedarf aber klarerweise auch des Interesses der Handels- und Gewerbetreibenden, um Märkte entstehen zu lassen — oder würde Gemeinderätin Kariotis überraschenderweise kommunale Märkte, Märkte, die von der Stadt selbst durchgeführt werden, bevorzugen?“, fragte Schirmer. Die Konsumentenstadträtin wies auch darauf hin, daß bei den bisher ausgewerteten Nahversorgungserhebungen die Zufriedenheit mit der Nahversorgung außerordentlich groß — jeweils um 80 Prozent — war, und keine Wünsche (ausgenommen im 9. Bezirk von 2,6 Prozent der Teilnehmer/innen) nach zusätzlichen Märkten geäußert wurden.

Auf den Wiener Märkten werden selbstverständlich auch die notwendigen Instandsetzungen, von der Infrastruktur bis zur Oberflächeninstandsetzung, entsprechend den vorhandenen Budgetmitteln, durchgeführt. Die Wiener Märkte sind ein beliebtes und attraktives Einkaufsgebiet, sie krankzujammern, ist eine falsche Taktik, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/gg

Edlinger: Zuerst Wohnversorgung der Ärmeren sichern

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) „Die Eigentumsübertragung von Gemeindewohnungen ist so lange kein Thema, als die Wohnversorgung für alle Wiener, auch die ärmeren, nicht sichergestellt ist.“ Dies erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER gegenüber der „RATHAUS-KORRESPONDENZ“ zur Forderung von ÖVP-Stadtrat Dr. Erhard BUSEK. Edlinger weiter: „Derzeit warten rund 20.000 Menschen auf die Zuweisung einer Gemeindewohnung. Durch eine Eigentumsübertragung würde diese Zahl sprunghaft ansteigen, da wir kaum mehr Wohnungen zur Wiedervermietung freibekommen.“ (Schluß) ah/gg

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Stadt Wien bereitet gemeinsam mit dem Bund EXPO-Enquete vor

Wien, 30.1. (RK-KOMMUNAL) Wie Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA Montag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ bekanntgab, bereitet die Stadt Wien gemeinsam mit dem Bund eine zweitägige Enquete vor, die sich Anfang April mit dem komplexen Aufgabenbereich dieser gemeinsamen Weltausstellung Wien-Budapest beschäftigen soll.

Werkstattartig sollen dabei verschiedene Arbeitsgruppen die Themenbereiche

- Philosophie und Inhalt der EXPO (Themen und Subthemen, Ideen einer „anderen Weltausstellung“),
 - Stadtentwicklung und Stadtgestaltung („Wien im Aufbruch“, Vernetzung laufender Planungen parallel zur und im Hinblick auf die Weltausstellung)
 - Ökonomische Rahmenbedingungen und Prämissen der EXPO (Städtekonkurrenz, Umwegrentabilitäten, Prognosen und Szenarien)
 - Stil und Gestaltung der EXPO (nicht auf der Ebene von Architektur, sondern im Hinblick auf das Gesamtimage der Stadt)
 - Medien und Marketing
- behandeln.

Die Enquete soll in Werkstattform unter Teilnahme von Meinungsbildnern aus Kultur, Wirtschaft, Medien und anderen Gebieten durchgeführt werden und Startschuß für eine ganze Reihe von Veranstaltungen sein, die sich bis hin zum Jahre 1995 in verschiedensten Bereichen mit dem Thema EXPO 95 befassen werden. (Schluß) lf/rr

Bereits am 30. Jänner 1989
über Fernschreiber ausgeendet!

6./7. Februar: Anmeldungen für Semesterskifahrten

Wien, 31.1. (RK-SPORT) In Zusammenarbeit mit dem Verein Wiener Jugendkreis führt das Sportamt der Stadt Wien auch heuer wieder in den Semesterferien täglich Kinder- und Jugendskifahrten im Rahmen der Aktion „Fahrt zum Schnee“ durch.

Von 13. bis 17. Februar fahren die Busse (Abfahrt Rathausplatz) in die schönsten Skigebiete in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt.

Skikursteilnehmer zahlen pro Tag 90 Schilling, Begleitpersonen 130 Schilling. Anmeldungen sind am 6. und 7. Februar von 15 bis 19 Uhr im Sportamt der Stadt Wien, 1010 Wien, Ebendorferstraße 4, möglich. Es können sowohl Einzeltermine als auch alle Termine gemeinsam gebucht werden. Weitere Auskünfte erteilt das Sportamt unter der Telefonnummer 42 800/2799 oder 2733. (Schluß) hof/rr

Verleihung von Sportehrenzeichen

Wien, 31.1. (RK-SPORT) Im Steinernen Saal des Rathauses werden am Donnerstag, dem 2. Februar, um 10 Uhr Ehrenzeichen der Stadt Wien an verdiente Sportler und Funktionäre überreicht. Ausgezeichnet werden der 100fache Basketball-Internationale Ing. Erich TECKA, weiters Andreas DOBIAS und Gerhard PRACSER, die bei der vergangenen Sportkegler-WM die Silbermedaille im Paarbewerb errangen, sowie die Funktionäre Dr. Horst EHMTEN (Landhockey), Franz HAUKWITZ (Radbball) und Otto SEIDL (Sportkegeln).

Die Sportehrennadel und Ehrenurkunde der Landessportorganisation Wien erhält Elisabeth SCHMIDT (Turnen). Die Ehrungen nimmt Sportstadtrat Dr. Michael HÄUPL vor. (Schluß) hof/rr

Tandler-Medallen für soziales Engagement

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Prof.-Dr.-Julius-Tandler-Medallen der Stadt Wien in Silber überreichte Montag nachmittag Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL an Kommerzialrat Karlheinz ESSL, Regierungsrat Martha FRÜHWIRT, Prior Gregor OBERGUGGENBERGER und Ruth WONDER. Smejkal unterstrich in ihrer Laudatio das außerordentliche soziale Engagement der Geehrten, das vielen Menschen Hilfe und Freude gebracht habe.

Es gebe verschiedenste Möglichkeiten, Mitmenschen zu helfen, sagte Smejkal, wie das Beispiel des Inhabers der Firma „bau-max“, Kommerzialrat Karlheinz ESSL, zeige, der seit Jahren an der Adventaktion am Rathausplatz mit großzügigen Spenden beteiligt sei und vor zwei Jahren das „Schömer Humanprogramm“ mit dem Ziel, behinderten Menschen ihr Leben zu erleichtern, ins Leben gerufen habe.

Regierungsrat Martha Frühwirt hat 1979 eine Selbsthilfeorganisation für krebskranke Frauen gegründet und hat sich um die Stützung der Selbsthilfekräfte im sozialen und gesundheitlichen Bereich wesentliche Verdienste erworben.

Prior Pater Oberguggenberger ist seit über dreißig Jahren in der Pfarre Rossau-Servitenkloster vor allem im Dienste alter und kranker Menschen und Kinder tätig.

Ruth Wonder rief eine Ferienaktion für schwerstbehinderte Jugendliche ins Leben, gründete zwei Behindertenwohngemeinschaften, den Verein Balance und initiierte ein Wohnheim für pflegeabhängige junge Menschen.
(Schluß) jel/gg

Samstag Faschingszug über den Ring

Wien, 31.1. (RK-LOKAL) Bereits zum siebenten Mal findet am kommenden Samstag, dem 4. Februar, der Faschingsumzug der Wiener Wirtschaft statt. Rund 60 Gruppen mit mehr als 1.000 Aktiven aus Österreich, der Schweiz, Deutschland und Jugoslawien werden sich ab 12 Uhr zwischen dem Dr.-Karl-Lueger-Platz und dem Schwarzenbergplatz formieren. Der Umzug beginnt um 13.30 Uhr am Schwarzenbergplatz und endet gegen 15.30 Uhr am Rathausplatz, wo die Teilnehmer von Vizebürgermeister Hans MAYR zu einem Cocktailempfang im Festsaal des Wiener Rathauses eingeladen werden. Als Höhepunkte des heurigen Umzuges gelten das Politthema „Glasnost von West bis Ost“, die größte Traube der Welt, eine Oldtimer-Gruppe sowie eine schwungvolle Sambaformation. Im Zuge dieser närrischen Veranstaltung kommt es auch zu Verkehrssperren: Ab 12 Uhr für den Ring samt Querungen zwischen Dr.-Karl-Lueger-Platz und Schwarzenbergplatz, ab 13 Uhr werden die Straßenbahnlinien „D“, „J“, „1“ und „2“ eingestellt bzw. verkürzt, und gleichfalls ab 13 Uhr wird — dem Zugverlauf folgend — der Ring zwischen Schwarzenbergplatz und Rathaus gesperrt. (Schluß) ull/rr

Buch „Wohnen in der Stadt - Ideen für Wien“ erschienen

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Das soeben erschienene Buch „Wohnen in der Stadt — Ideen für Wien“, das die intensiven Bemühungen der Stadt Wien im Bereich der Stadterneuerung in den letzten Jahren an eigenen Beispielen dokumentiert, präsentierten Dienstag Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER und der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Arch. Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, im Pressegespräch des Bürgermeisters. Anhand von revitalisierten und neuerrichteten städtischen Wohnhäusern wollen die Herausgeber — die Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der Ingenieurkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland — die vielfältigen und sehr oft auch vorbildlichen Aktivitäten der Stadt in diesem Bereich zeigen.

Zahlreiche Fachleute haben an dieser Dokumentation mitgearbeitet. Ausgehend von den historischen Wurzeln der Stadterneuerung, die bis in die Gründerzeit zurückreichen, zeigt das Buch anhand von Lückenverbauungen im Stadtinneren, daß gerade der kommunale Wohnhausbau schon in der Zwischenkriegszeit durch seine Architektur und Hofgestaltung mehr „Licht, Luft und Sonne“ in die Wohnungen der dicht bebauten Stadtgebiete brachte und damit nicht nur neue architektonische, sondern auch neue politische und soziale Maßstäbe setzte, die höchste internationale Anerkennung fanden und immer noch finden.

Das Buch streift die Zeit der Stadterweiterung nach dem 2. Weltkrieg, die eine gewisse Vernachlässigung innerstädtischer Wohngebiete zur Folge hatte. Schließlich werden die heutigen Bemühungen um die Stadterneuerung sowohl von ihren theoretischen, politischen und sozialen Grundlagen her aufgearbeitet, wie auch an praktischen Beispielen dokumentiert. In diesem Zusammenhang werden die Sanierung von 13 städtischen Althäusern und drei Großwohnanlagen der Zwischenkriegszeit (Karl-Marx-Hof, George-Washington-Hof, Rabenhof) sowie nachträgliche Aufzugseinbauten gezeigt, aber auch bautechnische Probleme der Sanierung abgehandelt. Anhand von elf Neubauten im Stadtinneren aus der jüngsten Zeit sowie von mehreren neueren großen Wohnhausanlagen in den Außenbezirken wird die architektonische Vielfalt des gegenwärtigen kommunalen Wohnbaus gezeigt, vor allem aber auch bewußt gemacht, daß umfassende Stadterneuerung mehr ist als die „sanfte“ Sanierung bestehender Wohnhäuser. Sie besteht ebenso im behutsamen Neubau im Stadtinneren und darüber hinaus in einer Vielzahl von Verbesserungen im Wohnumfeld durch Umwelt- und Verkehrsmaßnahmen oder die Schaffung sozialer oder ökonomischer Infrastruktur.

Das Buch ist 152 Seiten stark, mit 105 Fotos und 172 Darstellungen reich illustriert und im Compress-Verlag erschienen. (Schluß) ah/gg

Neues Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz fertig

Veränderung der Wohnbauförderung – Mittelkürzung

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Nach Beendigung der Parteiengespräche präsentierte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters die Schwerpunkte des neuen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes. Seit 1988 wurden wesentliche Teile der Wohnbau- und Wohnhaussanierungsförderung vom Bund in die Kompetenz der Länder übertragen. Wien erhält damit die Möglichkeit, mit einer Neuordnung der Wohnbauförderung in Form eines eigenen Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (WWFSG) auf die regionalen Bedürfnisse besser eingehen zu können.

Als Randbedingung ist zu berücksichtigen, daß für Zwecke der Wohnbau- und Wohnhaussanierungsförderung aufgrund der Mittelkürzung durch den Bund im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung und einer weiteren Kürzung als Folge der Steuerreform künftig beträchtlich weniger Geld für diese Zwecke zur Verfügung steht. Waren es 1987 noch 6,2 Milliarden Schilling, so sind es heuer nur mehr rund 5 Milliarden Schilling, also um rund 20 Prozent weniger.

Parteiengespräche über neues Gesetz beendet

Dienstag vormittag wurden die Parteiengespräche über das neue Gesetz mit der letzten Sitzung des Unterausschusses des Gemeinderatsausschusses für Wohnbau und Stadterneuerung beendet. Seit November haben die Vertreter aller drei im Gemeinderat vertretenen Parteien in mehreren Arbeitssitzungen unter Beiziehung von Fachleuten über das neue Gesetz verhandelt. Zweck dieser Verhandlungen war es, möglichst viele Standpunkte zu berücksichtigen und verfügbares Fachwissen zu nutzen. Denn das neue Gesetz soll nun für viele Jahre Grundlage für die Förderung von Wohnhausneubauten und die Sanierung von Häusern und Wohnungen sein.

Schwerpunkte des neuen Gesetzes

Die wichtigste Zielsetzung für das neue Gesetz war, die Wohnkosten bei geförderten Wohnungen in den Griff zu bekommen. Die bisherigen Bundeswohnbauförderungsgesetze 1968 und 1984 hatten im Laufe der Jahre stark steigende Wohnkosten zur Folge. Dies wird durch das Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz anders. Die Anfangsmieten werden bei geförderten Neubauwohnungen künftig im Laufe der Jahre nur mehr unwesentlich steigen. Die öffentliche Förderung soll also so gestaltet werden, daß sich Menschen mit durchschnittlichem Einkommen die Wohnungskosten auch ohne Subjektförderung (Wohnbeihilfe) leisten können. Zudem verfolgt das neue Gesetz das mittel- bis langfristige Ziel, daß sich die Wohnkosten nach dem Grundsatz „gleiche Miete für gleiche Wohnung“ entwickeln.

Begrenzung der Wohnkosten

Eines der wesentlichsten Ziele, die Wohnkosten für eine neuerrichtete bzw. neuwertige sanierte Wohnung mit etwa 30 Schilling pro Quadratmeter monatlich (ohne Betriebskosten) zu begrenzen, wird erreicht

1. durch einen großen Freiraum bei der Finanzierung und damit Mobilisierung von privatem Investitionskapital (Ergänzung der Förderungsarten durch Baukostenzuschüsse, nichtrückzahlbare Zuschüsse und Beiträge sowie Sondermodelle),

2. durch eine gezieltere Förderung von Maßnahmen im Zuge einer umfassenden Stadterneuerung (Zuschläge für innerstädtische Kleinbaustellen, besondere Förderung der Blocksanierung, differenzierte Förderung von Sockel- und Totalsanierungen)
3. durch die Möglichkeit, daß der Grundkostenanteil (er macht beim Erwerb der Wohnung neben dem Baukostenanteil zumeist den größten Teil der Eigenmittel aus) nicht mehr sofort bar bezahlt werden muß.

Gezielte Individuelle Hilfen

Einkommensschwächeren wird beim Erwerb und der Bezahlung der laufenden Kosten der Wohnung speziell geholfen

1. durch das Eigenmitteldarlehen, das 100 Prozent der Eigenmittel abdeckt bei Gemeindewohnungen, bei Wohnungen, wo der Grundkostenanteil nicht sofort in voller Höhe zu bezahlen ist und bei Wohnungen, für deren Vergabe die Gemeinde das Vorschlagsrecht hat (künftig 50 Prozent aller geförderten Neubaumietwohnungen, bisher 25 Prozent)
2. durch die Wohnbeihilfe, wobei künftig als Wohnungsaufwand auch die Rückzahlung des Eigenmitteldarlehens als solches gewertet wird.

Behinderten wird dadurch geholfen, daß

1. künftig bei jedem geförderten Neubau die rollstuhlgerechte Erreichbarkeit der Hauszugänge und Aufzüge sowie eine Mindestbreite von Türen vorgeschrieben ist, und daß
2. künftig der nachträgliche Einbau behindertengerechter Maßnahmen im Haus oder in der Wohnung erleichtert wird.

Transparente Wohnungsvergabe

Um die Vergabe von öffentlich geförderten Wohnungen transparenter zu machen, erhält die Gemeinde Wien (das Wohnungsberatungszentrum) das Vorschlagsrecht für die Vergabe von 50 Prozent aller mit Förderung neuerrichteten Mietwohnungen und 25 Prozent aller mit Förderung sanierten Wohnungen.

Sicherung der Wohnversorgung - Aufträge für die Wirtschaft

Um das Wohnungsangebot in Wien zu vergrößern und damit die Wohnversorgung auch der Einkommensschwächeren zu sichern, wird der Förderung der Mietwohnung Vorrang gegenüber der Eigentumswohnungsförderung eingeräumt. Eigentumswohnungen als individuelle Kapitalanlage führen zu hohen, teils spekulativen Kosten bei Verkauf oder Vermietung. Die Stadt Wien betrachtet es als ihre vordringliche Aufgabe, ein entsprechend großes und auch leistbares Wohnungsangebot durch die Förderung des Mietwohnungsbaus sicherzustellen.

Durch die Förderung von 4.000 Neubauwohnungen (davon rund 80 Prozent Mietwohnungen sowie 20 Prozent Eigentumswohnungen und Eigenheime) sowie ein Investitionsvolumen von drei Milliarden Schilling in der Stadterneuerung (Wohnhaussanierung und Wohnungsverbesserung) soll diese Wohnversorgung verbessert und ein kontinuierlicher Auftragsfluß für die Wirtschaft garantiert werden.

Beschlußfassung am 24. Februar

Das neue Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz soll voraussichtlich in der Sitzung des Wiener Landtages am 24. Februar 1989 beschlossen werden und kurz darauf in Kraft treten. (Forts. mögl.)
ah/gg/rr

Forts. von Blatt 209

Grippewelle in Wien

Vergangene Woche 24.000 Neuerkrankungen

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Die Zahl der grippeerkrankten Wienerinnen und Wiener ist weiter gestiegen: Wie die Gesundheitsbehörden mitteilen, ist die Zahl der Neuerkrankungen an Grippe bzw. an grippalen Infekten um rund 24.000 (in der Woche vorher waren es 20.000 Neuerkrankungen) gestiegen. Der Ärztenotdienst hatte am vergangenen Wochenende 465 „Grippe-Einsätze“ zu verzeichnen. Die Zahl der Krankenstände, die bei der Wiener Gebietskrankenkasse gemeldet wurden, erreichte bereits 4,2 Prozent der Beschäftigten, und von den Wiener Schülerinnen und Schülern fehlten 8,6 Prozent (in der Woche vorher waren es 6,6 Prozent) infolge eines grippalen Infektes. Nach Meinung der Gesundheitsbehörden dürfte der Höhepunkt der derzeitigen Grippewelle, was die Zahl der Neuerkrankungen betrifft, in den nächsten Tagen erreicht werden. Eine genauere Prognose dürfte jedoch erst in den nächsten ein, zwei Tagen vorliegen.

Situation in den Spitälern

Die Situation in den städtischen Spitälern hat sich anfang dieser Woche ebenfalls leicht entspannt. Trotz der täglichen Aufnahmen infolge der Neuerkrankungen ist die Zahl der Not- bzw. Gangbetten in den internen und chirurgischen Abteilungen der Spitäler von 185 in der Vorwoche auf nunmehr 156 zurückgegangen. Hier hat vor allem die Einrichtung von 100 Notbetten in den städtischen Pflegeheimen eine spürbare Entlastung der Akutkrankenhäuser gebracht. Auch die angespannte Situation im Personalbereich der städtischen Spitäler hat sich etwas gebessert. So sind gegenwärtig noch 12,5 Prozent (in der Vorwoche waren es 16 Prozent) des Pflegepersonals bzw. der Ärzte im Krankenstand. (Schluß) zi/rr

Mayr: Kostensenkung als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungsgesetzes

Wien, 31.1. (RK-KOMMUNAL) Als wichtigstes Ziel des neuen Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes nannte Vizebürgermeister Hans MAYR in der Pressekonferenz am Dienstag die Senkung der Herstellungs- und Finanzierungskosten im Wohnbau und bei der Sanierung. Der Durchschnittsverdiener müsse sich eine geförderte, neuwertige Wohnung auch ohne Subjektförderung leisten können. Individuelle Hilfe sollte nur für wirklich sozial Schwache da sein, meinte Mayr. Er könne sich vorstellen, daß ein Kostendruck auf die Bauträger erreicht werden müsse, der hohe Qualität zu niedrigen Preisen bestmöglich in ein ausgewogenes Verhältnis bringe.

Nehrer: Kommunaler Wohnbau hat Vorbildfunktion

Höchstes Lob spendete der Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Architekt Dipl.-Ing. Manfred NEHRER, dem gegenwärtigen kommunalen Wohnbau in Wien. Nehrer sagte, daß der kommunale Wohnbau in den letzten Jahren wieder internationale Wertschätzung erlangt habe, und Wien damit auch seine kulturelle Verantwortung beispielgebend erfülle. Das Bemühen der Gemeinde, im Wohnbau für Qualität zu sorgen, könne sich sehen lassen, meinte Nehrer. Der Präsident der Architektenkammer trat dafür ein, daß auch private Bauträger den hohen Qualitätskriterien unterworfen werden sollen, die bereits jetzt für den kommunalen Wohnbau gelten. Qualifizierte Fachleute seien heute in der Planung tätig, weshalb er für eine Weiterführung des kommunalen Wohnbaus eintrete. Nehrer befürwortete das Suchen nach neuen Finanzierungsformen, da der Wohnbau teuer geworden sei. Er sprach sich dafür aus, auch das Potential des Selbstbauens zu nützen. Neue Ideen sollten stärker gefördert, und in vielen Bereichen sollte das Mittel des Wettbewerbes eingesetzt werden. Der kommunale Wohnbau in Wien sei jedenfalls auf dem Weg zum Erfolg, meinte der Präsident der Architektenkammer. (Schluß) ah/rr